

Kulmbacher Resolution

„Frauen verdienen mehr“

SPD bringt Frauen voran

Schluss mit „gläsernen Decken“! Seit die SPD im Bund mit in der Regierungsmitverantwortung ist, ebnet sie der Gleichberechtigung von Frauen den Weg. Vieles wurde bereits erreicht: Frauen profitieren vom Mindestlohn, von Frauenquoten in Führungsetagen und der Förderung von partnerschaftlicher Familienarbeit. Mit weiteren Maßnahmen für mehr Chancengleichheit wird die SPD einen kulturellen Wandel in der Gesellschaft anstoßen.

- **Mindestlohn – besonders Frauen profitieren**

Fast zwei Drittel der Geringverdiener sind weiblich und die Niedriglohnquote von Frauen ist mit 32,4 Prozent fast doppelt so hoch wie die von Männern. Von der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen **Mindestlohns** in Höhe von 8,50 Euro, profitieren vor allem Frauen. Wir setzen uns für die Sicherstellung des Mindestlohns durch Arbeitszeitkontrolle ein.

- **Mitsprache für alle - Quote in Aufsichtsräten**

Die SPD hat im März 2015 nach jahrelanger Debatte die **Frauenquote** in Unternehmen in der Großen Koalition durchgesetzt. Die Vorgabe betrifft 108 Großunternehmen mit Börsennotierung und voller Mitbestimmung, die den Frauenanteil in ihren Aufsichtsräten ab 2016 sukzessive auf 30 Prozent aufstocken müssen. Findet ein solches Unternehmen keine Frau für einen frei werdenden Posten im Aufsichtsrat, bleibt der Stuhl leer. Mittelgroße Unternehmen müssen eigene Zielvorgaben für die Postenvergabe an Frauen in Spitzenpositionen aufstellen und veröffentlichen. Auch öffentliche Unternehmen müssen ab 2016 eine Frauenquote von 30 Prozent in Aufsichtsräten einhalten.

- **Entgeltgleichheitsgesetz – Transparenz beim Lohn**

Die BundesSPD hat im Koalitionsvertrag das **Entgeltgleichheitsgesetz** durchgesetzt und will es in dieser Legislatur umsetzen. Danach müssen Unternehmen ab 500 Beschäftigten künftig einen Bericht zu ihren Lohnstrukturen vorlegen. Zudem sollen die Beschäftigten ein Auskunftsrecht über die Lohnunterschiede im Unternehmen erhalten. Damit soll der betriebsinterne Druck zum Abbau von bestehenden Lohnlücken wachsen. Frauen sollen bestärkt werden, in Verhandlungen mehr Lohn für sich zu fordern. Auch soll die Vertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch das Entgeltgleichheitsgesetz in Lohnverhandlungen gestärkt werden.

- **Frauen und Männer - partnerschaftlich für die Familie**

Eine zentrale Stellschraube für mehr Geschlechtergerechtigkeit ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die SPD-Fraktion hat im Bundestag das **ElterngeldPlus** durchgesetzt. Ab dem 1. Juli 2015 ermöglicht es Eltern, länger Elterngeld zu beziehen, wenn beide in Teilzeit arbeiten. Es fördert auch die partnerschaftliche Erziehungsarbeit. So soll es dafür sorgen, dass die Kinderbetreuung künftig weder reine Frauensache noch Karrierehemmnis ist.

Weiterhin will die SPD eine **Familienarbeitszeit** einführen, die Frauen und Männern erlaubt, ihre Arbeitszeit befristet partnerschaftlich zu reduzieren - zum Beispiel eine 32-Stunden-Woche. Mütter und Väter wollen heute beides: Familie und Beruf. In der Arbeitswelt stoßen sie hierbei an Grenzen, weil in der Regel nur ein Vollzeitjob ein ausreichendes Einkommen und Perspektiven sichert. Deshalb arbeiten die meisten Männer noch immer in Vollzeit und die Frauen überwiegend ungewollt in Teilzeit.

Auch mit einem **Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit** sollen die Karrierechancen von Frauen und Männern nach einer Familienphase verbessert werden.

- **Ausbau der Krippen statt Betreuungsgeld**

Das Ende des Betreuungsgelds ist die Gelegenheit, die Familienpolitik in Bayern zukunftssicher aufzustellen. Das CSU-Betreuungsgeld war nicht nur verfassungswidrig, es war auch politisch ein Irrweg. Vielmehr muss nun der Krippenausbau im Freistaat mit ausreichend Geld vorangetrieben werden. Andere Länder sind da schon viel weiter. Doch die CSU folgt lieber ihrer Ideologie, als den Familien konkret im Alltag zu helfen."

Bayern braucht eine Qualitätsoffensive in der frühkindlichen Bildung. Die Öffnungszeiten in den Rand- und Ferienzeiten müssen deutlich ausgeweitet werden. Das hilft den Familien unmittelbar. Das gibt ihnen die Chance, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Noch besteht bei den Krippen eine Versorgungslücke von 20.000 Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Die heutige Betreuungsquote beträgt gerade mal 28 Prozent, der Bedarf liegt dagegen bei 41 Prozent.

- **Bessere Anerkennung von Erziehungsleistungen**

Die SPD hat sich erfolgreich für eine bessere soziale Absicherung von Frauen eingesetzt, die vor 1992 Kinder bekommen und erzogen haben. Sie erhalten einen weiteren Entgelt-punkt für jedes Kind zusätzlich zu ihrem bestehenden Rentenanspruch. Damit sorgt die so genannte Mütterrente dafür, dass die Erziehung von Kindern bei der Rente stärker ins Gewicht fällt, und bekämpft die Altersarmut von Frauen, die in Bayern überdurchschnittlich hoch ausfällt.

In Bayern bleibt Gleichstellung eine Parole

„Der Staat fordert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ (Artikel 118 der bayerischen Verfassung). Dieser verfassungsgemäße Anspruch, Nachteile für Frauen zu beseitigen und den Gleichstellungsgrundsatz zu erfüllen, wird von der CSU- Staatsregierung weder respektiert noch erfüllt.

Im Gegenteil - in Bayern gibt es bei der Gleichstellung von Mann und Frau wenig Fortschritte. Den verfassungsmäßig verankerten Anspruch lässt die Bayerische Regierung zu einer

Parole verkommen. Zwar sind die Frauen bei den Bildungsabschlüssen mit den Männern längst gleich auf oder sogar überlegen, sie haben bessere Noten und zum Teil höhere Abschlüsse. Das zeichnet sich aber weder in ihrer anschließenden beruflichen Position, noch in ihrem Gehalt ab. Zudem sind es nach wie vor Frauen, die nach der Geburt der Kinder zu Hause bleiben, sich um Pflegebedürftige in der Familie kümmern und die Hausarbeit übernehmen. Viel verändert hat sich also im Vergleich zu 1957, als in Deutschland das Gleichberechtigungsgesetz eingeführt wurde, nicht. Für uns ist Gleichstellungspolitik ein Querschnittsthema, das wir in allen Politikfeldern und auf allen politischen Ebenen einbringen.

Die Fakten

Wenige Frauen an der Spitze

- Es ist längst bewiesen: Unternehmen mit gemischten Führungsteams sind erfolgreicher. Dieser Erfolg zeigt sich an ökonomischen Kennzahlen und in der Unternehmenskultur. Unternehmen, in denen mehr als drei Frauen im Vorstand sitzen, erwirtschaften eine bis zu 53 Prozent höhere Eigenkapitalrendite. Trotz dieser Fakten sind Frauen in Führungspositionen stark unterrepräsentiert. In den Chefetagen der Unternehmen hat sich so gut wie nichts zu Gunsten der Frauen verändert. 2014 betrug der Frauenanteil in den Aufsichtsgremien gerade 18 Prozent. In Geschäftsleitung und Vorstand waren von 107 Führungskräften lediglich 16 weiblich (*SPD-Antrag 17/553*).
- Im März 2011 sagten die 30 DAX-Unternehmen in der gemeinsamen Erklärung „Frauen in Führungsfunktionen“ zu, ihre Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils zu intensivieren. Doch bei den Ankündigungen ist es geblieben. So ist der Frauenanteil bei Führungspositionen z. B. bei Adidas von 2011 bis 2013 von 25 auf gerade 26 Prozent gestiegen, bei BMW von 9,1 auf 10,9 Prozent, bei der Siemens AG von 10 auf 12 Prozent. (*SPD-Antrag 17/6000*).
- Seit Jahren bewegt sich in den Führungsetagen der Beteiligungsunternehmen des Freistaats Bayern nichts. In Geschäftsführung und Vorstand waren 2014 von 110 Führungskräften lediglich 14 weiblich. Das war nur eine Frau mehr als im Vorjahr. In den Aufsichtsgremien sah es nicht viel besser aus: 2014 waren 17 von 110 Aufsichtsräten Frauen. In diesem Bereich gab es eine Steigerung zum Vorjahr von zwei Frauen. Es hat sich also in den letzten Jahren so gut wie nichts geändert.
- In der Wissenschaft gibt es für Frauen auf dem Weg nach oben noch immer eine gläserne Decke. Jahrelang haben es Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen versäumt, junge Wissenschaftlerinnen zu fördern und ihre Hierarchien durchlässiger zu machen für Frauen, die in Forschung und Lehre Karriere machen wollen. Gerade 20 Prozent der Professuren sind in Bayern weiblich besetzt.

Frauen verdienen weniger

- Frauen verdienen noch immer weniger als Männer, in Bayern durchschnittlich 25 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Frauen sind überwiegend in so genannten „Frauenberufen“ tätig, in denen der Verdienst weit unter anderen Verdiensten liegt.
- Bei den Lehrerinnen und Lehrern sind 65,8 Prozent weiblich. Von 38.540 Erzieherinnen und Erziehern waren 2014 37.589 Frauen. Zum Vergleich: Von 173.216 Ingenieuren waren 24.581 weiblich (*Antrag 17/5996*), das sind gerade zehn Prozent. Laut Bundesagentur für Arbeit verdient eine Ingenieurin in Vollzeit im Schnitt 4.367 Euro, ein Ingenieur 5.694 Euro brutto pro Monat. Frauen in Führungspositionen verdienen im Schnitt 3.832 Euro, ihre männlichen Kollegen 5.265 Euro.

- Frauen stellen einen Anteil von fast 80 Prozent aller geringfügig Beschäftigten.

Arbeitgeber Freistaat ist schlechtes Vorbild

- Ungleiche Einkommensverhältnisse herrschen auch in den bayerischen Ministerien und der Verwaltung. Die öffentliche Verwaltung Bayerns muss als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen. Das Bayerische Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern (BayGIG) ist im Juli 1996 in Kraft getreten. Seine Regelungen beziehen sich auf den öffentlichen Dienst, sollten aber auch für die Privatwirtschaft Signalwirkung haben. Mit dem wirkungslosen Papiertiger wurde bis heute wenig erreicht, zu unverbindlich sind die Zielvorgaben, so dass es ohne Konsequenzen bleibt, wenn Ziele nicht erreicht werden.
- Im mittleren und gehobenen öffentlichen Dienst des Freistaates sind mehr als 50 Prozent der Beschäftigten Frauen; im höheren Dienst sind es nur 30 Prozent. Die Hälfte der Studienanfänger, aber nur knapp ein Viertel der Habilitanden und nur 20 Prozent der Professoren sind Frauen. In den Grund- und Hauptschulen stellen Frauen drei Viertel und Männer ein Viertel der Lehrpersonen; in den Schulleitungen sind die Frauen nur zu einem knappen Drittel vertreten. In den bayerischen Krankenhäusern sind mehr als ein Drittel der Ärzte, aber nur gerade 6 Prozent der Chefärzte Frauen.
- Nach wie vor sind die viele Positionen von Gleichstellungsbeauftragten nicht besetzt.

Familienarbeit und Teilzeit

- Laut Statistischem Bundesamt arbeiten bei rund 70 Prozent der 3,5 Millionen erwerbstätigen Paare mit minderjährigen Kindern die Väter in Vollzeit und Mütter in Teilzeit. Die Pflege von Kindern und Eltern und die Hausarbeit übernehmen nach wie vor die Frauen. Frauen in Deutschland arbeiten mehr als Männer und viel häufiger unbezahlt. 46 Stunden ist eine Frau im Durchschnitt mit Familienbetreuung, Haushalt, Job und Ehrenamt in der Woche beschäftigt - eine Stunde mehr als ein Mann.
- Insbesondere unter den Alleinerziehenden gibt es viele Teilzeitkräfte. 2012 gab es in Bayern rund 130.000 erwerbstätige alleinerziehende Mütter mit Kindern unter 18 Jahren. Davon arbeiteten mehr als die Hälfte (58,5 Prozent) in Teilzeit. (*Antrag 17/6000*)

Armut im Alter

- Der 2. Bayerische Sozialbericht zeigt, dass die Armutsquote der Frauen über 65 Jahren bei mehr als 20 Prozent liegt. Westdeutsche Frauen bezogen laut „Alterssicherungsbericht 2012“ im Schnitt nur etwa 500 Euro Rente monatlich.
- Es sind Frauen, die nach der Geburt der Kinder zu Hause bleiben. Die Anzahl der Bezugsmonate von Elterngeld durch Väter ist in den Jahren 2009 bis 2012 in Bayern zurückgegangen. Nach der Elternzeit steigen Frauen oft wieder in Teilzeit ein. (*SPD-Antrag 17/6565*). Mit dem geringeren Erwerbseinkommen erwerben Frauen auch niedrigere Rentenanwartschaften. Die durchschnittliche (selbsterworbene) Frauenrente liegt seit Jahrzehnten um ca. 60% unter der durchschnittlichen Männerrente.

Gewalt an Frauen

- Die Gewalt gegen Frauen und anderen Kindern in Bayern nimmt zu. Das zeigt unter anderem die Studie „Gewalt gegen Frauen“ der Europäischen Agentur für Grundrechte. 33 Prozent der Frauen sind bereits Opfer von körperlicher Gewalt gewesen. Einen Platz im Frauenhaus finden nur wenige.

- Frauen auf der Flucht bedürfen eines besonderen Schutzes. Sie sind häufig durch ihre Fluchterfahrung traumatisiert und kümmern sich allein um ihre Kinder. Auch in unserem Land sind diese Frauen Übergriffen und sexueller Gewalt ausgesetzt. *Sie sind betroffen von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, sexuellem Missbrauch und von Körperverletzungen. (Aktueller SPD-Antrag Frauen auf der Flucht)*
- Laut Statistik des Bundeskriminalamts wurden im Jahr 2013 deutschlandweit 23.831 Stalking-Fälle erfasst. Die Dunkelziffer wird jedoch auf 600.000 bis 800.000 Betroffene geschätzt. Mehr als 80 Prozent der Opfer sind Frauen. Bisher gibt es in Bayern keine speziellen Anlaufstellen für Stalking-Opfer. Frauenhäuser und Frauennotrufe bieten zwar Beratung, sind aber unterfinanziert und nicht auf Stalking spezialisiert. *(Aktueller SPD-Antrag: Forderung eines Konzeptes für Stalkingopfer).*

Die Forderungen

Gleichstellung von Männern und Frauen im Beruf

- Die SPD-Fraktion fordert eine Strategie zur signifikanten Erhöhung des Frauenanteils in den Vorständen, Geschäftsführungen und Aufsichtsgremien der Beteiligungsunternehmen des Freistaates. Willensbekundungen in den Unternehmen reichen nicht aus. Es müssen konkrete Zielvorgaben, Maßnahmen und Finanzierungsvorschläge erarbeitet werden (zum Beispiel „Führen in Teilzeit“). Die SPD-Landtagsfraktion fordert eine Mindestquote von 40 Prozent Frauen in den Vorständen und Aufsichtsräten. Auf Bundesebene fordern wir die Einführung eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft.
- Berufe, die in erster Linie von Frauen ausgeübt werden, müssen ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend anerkannt und entlohnt werden. Das gilt vor allem im sozialen Bereich. Typische Männerjobs werden auch deshalb besser bezahlt als frauentypische Berufe, weil bei ihnen besondere Belastungen anders gewichtet werden. Bei Müllmännern etwa ist das Heben schwerer Lasten ein Kriterium für die Arbeitsplatzbewertung, es schlägt sich positiv im Gehalt nieder. Bei Pflegeberufen, die vor allen Dingen von Frauen ausgeübt werden, ist das jedoch nicht der Fall, obwohl zur körperlichen Belastung oft auch noch die psychische hinzukommt.
- Nur mit flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeitmodellen für Frauen und Männer, die den Lebenswirklichkeiten angepasst werden, wird sich eine Änderung der Strukturen ergeben. Voraussetzung ist eine familiensensible und gleichstellungsorientierte Unternehmenskultur, die familiäre Verpflichtungen der beschäftigten Mütter und Väter stärker berücksichtigt.
- Die Aufteilung des Arbeitsmarktes in „typische Frauen- und Männerberufe“ hängt eng mit gesellschaftlich verankerten Rollenbildern zusammen. Um diese aufzubrechen, muss die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern, Lehrern und Lehrerinnen sowie Führungskräften in Behörden und Unternehmen Inhalte aufweisen, über die Genderkompetenz erworben wird.
- In einem Land, in dem ebenso viele Frauen studieren wie Männer, muss Gleichberechtigung heute anders aussehen. Frauen in der Wissenschaft müssen mit konkreten Frauenförderplänen unterstützt werden. Eine Quotierung und die paritätische Besetzung der Gremien sind wichtige Schritte.

Gleichstellungsgesetz mit Wirkung

- Wir setzen uns für die gleiche Teilhabe von Frauen in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung ein. In allen Laufbahnen, Berufsfachrichtungen, Leitungsebenen und Funktionsstellen muss ein Frauenanteil von mindestens 50 Prozent anvisiert werden. Hierzu braucht es verbindliche Quoten und Regelungen im Gleichstellungsgesetz.
- Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen: Mit spezifischen Angeboten an Führungsseminaren müssen Frauen dabei unterstützt werden, Leitungspositionen zu besetzen. Bei den Stellenbesetzungen in bayerischen Gremien sind Frauen verstärkt zu berücksichtigen.
- Die Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten muss überall umgesetzt und deren Arbeitsbedingungen verbessert werden. Die Freistellung für ihre Tätigkeit und eine Erweiterung der Mitsprache- und Informationsrechte der Beauftragten ist die Voraussetzung für eine wirkungsvolle Arbeit.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

- Die SPD-Landtagsfraktion fordert eine kostenfreie, qualitativ hochwertige und flächendeckende Kinderbetreuung von Anfang an sowie flächendeckende Ganztagsangebote an allen Schulen. Die entsprechenden finanziellen Mittel müssen dafür zur Verfügung gestellt werden.
- Die Ferienzeiten stellen viele Eltern vor Probleme bei der Betreuung ihrer Kinder. Immer noch gibt es an 90 Prozent der Grundschulen in Bayern kein Ganztagsangebot – weder offen noch gebunden. Allerdings gibt es auch an den Schulen, die Ganztagsangebote anbieten, keine Ferienbetreuung. Und nur ca. 10 Prozent der Grundschüler besuchen einen Hort. Viele Familien sind auf eine Betreuung der Kinder in den Ferien angewiesen, da sie sonst keine Möglichkeit haben, die Kinder zu versorgen. Wir fordern die Erweiterung der Rand- und Ferienzeitbetreuung für Schülerinnen und Schüler.
- Auch die Pflege von Angehörigen wird überwiegend von Frauen übernommen. Wir fordern, dass stationäre Pflegeeinrichtungen und ambulante Pflege weiter ausgebaut werden. Pflegestützpunkte und Fachstellen für pflegende Angehörige müssen durch Beratungs- und Unterstützungsangebote ergänzt werden.
Wir wollen eine gebührenfreie, gemeinsame Ausbildung für die Alten- Kranken- und Kinderkrankenpflege. Damit soll der Pflegeberuf insgesamt attraktiver und den Pflegefachkräften vielfältige berufliche Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet werden. Bei der Neukonzeption der Pflegeausbildung sollen alle Berufsfelder – der Kinder-, Kranken- und Altenpflege - gleichberechtigt in der neuen Ausbildungsstruktur berücksichtigt werden.

Frauengesundheit fördern

- Die gesundheitliche Situation von Frauen zu verbessern, vor allem dabei die Prävention, Diagnostik und Früherkennung von Krankheiten (zum Beispiel Brustkrebs) zu stärken, ist uns ein wichtiges Anliegen.
- Besonders setzen wir uns dafür ein, Arzneimittelstudien künftig den Frauen angemessen zu berücksichtigen. Das gilt aber lediglich für neue Zulassungen, nicht also für bestehende, die überwiegend an Männern getestet wurden.
- Besonderen Nachholbedarf sehen wir in der Gendermedizin sowie bei Diagnose und Therapie (so werden etwa Herzinfarkte bei Frauen im Durchschnitt später diagnostiziert als bei Männern).
- Enormen Nachholbedarf gibt es auch beim Thema Ärztinnen in Führungspositionen an (Uni)kliniken (*Anfrage 17/4169*).

- In der Regel lassen die Behandelnden es an Sensibilität bei Genderaspekten vermissen. Hier ist ein grundsätzliches Umdenken notwendig.

Förderung von Frauenhäusern

- Der Staat hat die Verantwortung, von Gewalt bedrohten Frauen einen umfassenden Schutz zu gewährleisten. Aus diesem Grund muss dafür gesorgt werden, dass es für jedes Frauenhaus, für jeden Notruf und für jede Interventionsstelle in Bayern eine gesicherte Finanzierung gibt. Wenn eine von Gewalt bedrohte Frau um Aufnahme in einem Frauenhaus bittet, so muss dies schnell und unbürokratisch möglich sein. Hierfür ist ausreichend geschützter Wohnraum für Frauen und deren Kinder unerlässlich. In ganz Bayern gibt es nur drei Interventionsstellen (Fachberatungsstellen), die alle nicht von der Staatsregierung gefördert werden. Gerade diese proaktive Möglichkeit der Beratung ist für Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, von großer Bedeutung, da es hier weniger Hemmschwellen gibt.
- Die Staatsregierung muss dringend das „Gesamtkonzept für Frauenhäuser und Notrufe“ sowie die „Richtlinie zur Förderung von Frauenhäusern“ an den heutigen Bedarf der weiblichen Opfer von Gewalt anpassen. Jedes Frauenhaus im Freistaat bekommt im Durchschnitt nur 25.000 Euro Förderung pro Jahr, womit es kaum überleben kann. Es gibt zu wenig Personal, auch an Fachpersonal, das auf die Arbeit mit Kindern spezialisiert ist. Personalkosten für Verwaltung oder leitende Aufgaben sind nicht vorgesehen. Der dafür nötige zeitliche Aufwand geht bei der wichtigen psychosozialen Beratung verloren.
- Die Mitarbeiterinnen in den Frauenhäusern haben vielfältige Tätigkeiten auszuüben, um den Frauen kompetent in rechtlichen, psychologischen, kulturellen oder auch pädagogischen Fragen zur Seite stehen zu können. Hierbei müssen sie besser unterstützt werden. Um die immense Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen zu lindern, ist es notwendig, Personal aufzustocken, gerade bei der Arbeit mit den oft sehr belasteten Kindern, der Hausorganisation und der Rufbereitschaft.
- Die Bezahlung der Mitarbeiterinnen sollte gemäß dem Stellenprofil und nach dem jeweils gültigen Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes erfolgen. Zusatzausbildungen und besondere fachliche Qualifikationen sollten bei der Eingruppierung berücksichtigt werden.
- Zudem braucht es dringend ein adäquates Angebot für Frauen mit Beeinträchtigungen oder einer Behinderung. Frauen mit psychischen Erkrankungen können in den Frauenhäusern nicht aufgenommen werden.
- Um eine angemessene räumliche Ausstattung, die notwendigen Sicherheitsanforderungen und das nötige Personal zu finanzieren, bedarf es einer deutlichen Steigerung der Zuschüsse. Bisher wurde in den vergangenen 20 Jahren gerade einmal die Zuschusshöhe angepasst.

Schutz bei besonderer Gefährdung

- Frauen auf der Flucht müssen in sicheren Unterkünften mit separaten Unterbringungsmöglichkeiten untergebracht werden. Ihre Privatsphäre muss geschützt sein.
- Für Stalkingopfer muss eine zentrale Telefon-Hotline für Opfer in Bayern eingerichtet werden mit Beratungsstellen in allen sieben Regierungsbezirken. Die Beratungsstellen sollen durch geschultes Personal im Themenbereich Stalking besetzt werden.